

**R**egierungs- und Machtwechsel entpuppen sich nicht immer als die Zäsuren, als die sie von den Zeitgenossen zunächst empfunden werden. Oft markieren sie eher den Schlusspunkt, nicht den Auftakt einer Ära. In der Geschichte wimmelt es von Ungleichzeitigkeiten: Während die Sieger noch die Schampuskorken knallen lassen, haben sich die Fundamente ihres Erfolges bereits aufzulösen begonnen, wird die Zukunft längst anderswo vorbereitet.

Es spricht vieles dafür, dass auch die USA gerade eine dieser Ungleichzeitigkeiten durchlaufen – dass die Wahl eines Rechtspopulisten ins Weiße Haus nicht den Beginn einer neuen konservativen Ära einläutet, sondern eher der letzte Ausläufer einer endenden Epoche ist. Anders gesagt: Während Amerika kurzzeitig nach rechts kippt, ist es viel wahrscheinlicher, dass die Vereinigten Staaten der Zukunft links sein werden. Und gemeint ist damit nicht bloß die Möglichkeit, dass ein Demokrat 2020 wieder im Weißen Haus sitzen oder die Partei irgendwann auch wieder im Kongress mehrheitsfähig sein könnte.

Entscheidend ist, dass die Partei, die dann an die Macht kommen würde, eine gänzlich andere wäre als die Demokratische Partei von Bill Clinton oder selbst von Barack Obama. Sie wird sich nicht mehr am Zentrismus der Vergangenheit orientieren, sondern das Ziel einer tief greifenden Umgestaltung der USA haben. Phasenverschoben von ihrem konservativen Widersacher, durchlaufen jetzt Amerikas Demokraten einen Prozess der Radikalisierung.

Den USA einen Linksschwenk zu prognostizieren scheint nicht nur nach dem Triumph Trumps kontraintuitiv. Es galt lange als letzte Gewissheit, dass das politische Gravitationszentrum der USA, im Vergleich zu Europa, weit rechts der Mitte liege. Historisch betrachtet, ist die These von der »right nation« fraglos plausibel. Das beginnt mit dem antirevolutionären Erbe Amerikas, dessen Staatsgründung ja in Wahrheit auf die Rebellion einiger äußerst wohlhabender Kolonisten zurückging, die sich in ihren Rechten als Untertanen der britischen Krone verletzt fühlten und außerdem keine Lust hatten, für Kriege am anderen Ende der Welt höhere Steuern zu entrichten. Die USA hatten – was von Engels bis Lenin alle sozialistischen Theoretiker zutiefst frustrierte – niemals eine sozialistische Partei von Bedeutung. Als die meisten europäischen Länder Ende des 19. Jahrhunderts ihre Wohlfahrtsstaaten schufen, blieb der amerikanische Kapitalismus weitgehend unreguliert. Erst der New Deal Franklin Roosevelts ab 1933, als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise, holte das nach; aber im Vergleich zur Alten Welt blieb der amerikanische Sozialstaat eher mickrig.

Allein in den 1960er Jahren konnte man kurzzeitig auf die Idee kommen, die USA würden sich jetzt europäisieren, den Rest des Westens vielleicht gar links überholen. Der Dreiklang aus technokratischer Gesellschaftsplanung, keynesianischer Wirtschaftspolitik und der kräftigen Erhöhung der staatlichen Ausgaben war damals zwar in allen westlichen Demokratien in Mode. Die USA aber schienen nun gar an der Spitze des Fortschritts zu marschieren. Es war die Zeit der Great Society, ein etwas nebulöser, nie ganz klar definierter Begriff, der aber in jedem Fall einen ehrgeizigen Umbau der Architektur von Staat und Gesellschaft andeuten sollte.

Doch diese Pläne platzten. Weder wurde die Armut, wie vollmundig angekündigt, für immer beseitigt, noch war der Alltagsrassismus im Land mit einem einzigen Gesetz wie dem Civil Rights Act aus der Welt zu schaffen. Schon 1968, mit dem Einzug Richard Nixons ins Weiße Haus, erhielt die von vielen gehegte Hoffnung auf ein linkeres Amerika einen empfindlichen Dämpfer. Die noch größere Ernüchterung folgte vier Jahre später, bei Nixons Wiederwahl: Zwar setzte sich 1972 mit George McGovern als Präsidentschaftskandidat der Demokraten wohl das einzige Mal die Linke in der Partei durch. Er war der Kandidat der Antikriegs-, Studenten-, Frauen- und Bürgerrechtsbewegung. Doch seine Kandidatur endete desaströs: Die Demokraten gewannen gerade einmal einen einzigen von 50 Bundesstaaten.

McGoverns Niederlage hinterließ ein Trauma. Die amerikanische Linke geriet in eine tiefe Identitätskrise, von der sie sich lange nicht erholte. Im Grunde war es Amerikas Konservativen gelungen, dem Gegner ihre eigene populistische Erzählung einzufloßen: dass die USA eben ein Mitte-rechts-Land seien und die abgehobenen Küsten-Eliten keine Ahnung hätten vom Leben und Denken des amerikanischen *heartland*.

#### Amerikas Linke traute lange Zeit ihren eigenen Überzeugungen nicht

Seit den 1970er Jahren führte eine ziemlich mutlose amerikanische Linke nicht nur den Kampf gegen eine hegemoniale Ideologie des *rugged individualism*, nach der jeder seines Glückes Schmied sei, der Staat stets der Feind und jeder, der hart arbeite, es in Amerika zu etwas bringen könne. Jetzt hatte sich noch eine zweite Konfliktlinie über das Land gelegt: Sie handelte vom Kampf einer traditionalistischen, religiösen Sozialmoral gegen eine progressiv-säkulare Kultur. Anders als von Religionssoziologen und aufgekärten Zeitgenossen vorausgesagt, verzeichneten die USA in dieser Zeit keinen nennenswerten Rückgang organisierter Religiosität: Amerika blieb ein zutiefst christliches Land.

Deswegen trauten Amerikas Linke auch bei Themen wie Abtreibung, Pornografie und Homosexualität ihren eigenen Überzeugungen nicht. Die Demokraten blieben lieber im Ungefähren, präsentierten sich weiter als ideologisch bunte

Sammlungsbewegung, versuchten ihre Appeasement-Politik gegenüber den Republikanern noch als modern und pragmatisch zu verkaufen – während diese sozialstrukturell mindestens ebenso heterogen, schon seit den 1970er Jahren auf dem Weg zu einer stramm konservativen Weltanschauungspartei waren. (Was, wie wir heute wissen, ein stetiger Kurs werden sollte.)

Der vorläufige Endpunkt dieser Entwicklung liegt in den 1990er Jahren – als ausgerechnet ein Demokrat im Weißen Haus saß. Doch Bill Clinton kam dem amerikanischen Konservatismus weit entgegen. 1996 verkündete er, dass die Zeit von *big government* endgültig vorbei sei. Der linke Flügel der Partei murrte, aber die meisten in der Partei fanden die Richtungsänderung wenig anstößig: Es war die Zeit der Dritten Wege, als auch andere Mitte-links-Parteien sich dem neoliberalen Zeitgeist annäherten. Musste das dann nicht erst recht für die USA gelten?

Die Erzählung von der konservativen Hegemonie ist so fest verankert und die Fokussierung auf die Radikalisierung der Republikaner so starr, dass lange unbeobachtet blieb, wie sehr sich dagegen die Demokraten weltanschaulich homogenisiert haben. Im Jahr 2017 hätte mit den Positionen Bill Clintons kein Demokrat bei einer parteiinternen Vorwahl mehr anzutreten brauchen. Clinton war noch gegen die Homo-Ehe, für die Todesstrafe, für härtere Kriminalitätsbekämpfung und natürlich: für eine Beschneidung des amerikanischen Sozialstaates gewesen. Kurzum: Seine Politik war in fast allem das Gegenteil dessen, wofür seine Partei heute steht.

#### Es soll in Richtung der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten gehen

Es waren die Basis der Partei und linke Interessengruppen, die die Partei in den vergangenen Jahren ideologisch neu ausgerichtet haben. Auf praktisch allen Politikfeldern haben sich die Anhänger der Partei nach links bewegt. Beispiel Einwanderung: 1994 stimmten nur 32 Prozent der Demokraten der Aussage zu, dass Migranten das Land mit ihren Talenten und ihrer harten Arbeit bereichern; heute sind es 84 Prozent. Und so könnte man es weiter durchdeklinieren, von der Wirtschafts-, der Innen- bis zur Außenpolitik. Selbst das Wort Sozialismus hat seinen Schrecken verloren: Eine Mehrheit der Demokraten gab 2016 zu Protokoll, dass der Sozialismus dem Kapitalismus als Gesellschaftsmodell vorzuziehen sei. Es ist fraglich, ob sie sich vorher darüber verständigt hatten, was unter dem Begriff zu verstehen ist, und ob sie dabei wirklich eine zentral gesteuerte Planwirtschaft vor Augen hatten; dass es allerdings mindestens in die Richtung der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten gehen sollte, schält sich unter Amerikas Demokraten spätestens seit der großen Zustimmung zum Parteilinken Bernie Sanders als allgemeiner Konsens heraus.

Zwar sprechen amerikanische Politologen seit einiger Zeit vom Begriff der »asymmetrischen Polarisierung«, was bedeuten soll, dass nur eine der beiden Seiten – die Republikaner – in Richtung der Extreme abgewandert ist. Aber die Wahrheit dürfte eine andere sein. Der permanente Außendruck hat in der Demokratischen Partei weltanschauliche Orthodoxien wachsen lassen, die es noch vor zwanzig Jahren nicht gab. Es geht dabei nicht allein um die Sachpositionen an sich, sondern auch um die fiebrige Intensität, mit der sie vertreten werden, ebenso wie die zunehmende Intoleranz, mit der geringe Abweichungen von der Parteilinie mittlerweile geahndet werden.

Von Carl Schmitt wissen wir, dass die Konfrontation mit dem Feind uns dazu zwingt, uns über uns selbst klar zu werden, wer wir sind, was wir wollen und wie weit zu gehen wir dafür bereit sind: »Der Feind ist unsere Frage als Gestalt.« Ungefährlich ist diese Form der politischen Mobilisierung daher nicht. Denn sie bedeutet auch: Wer lange genug über den Feind nachdenkt, der wird irgendwann besessen von ihm. Und so führt der Versuch, sich so entschieden wie möglich von ihm abzugrenzen, zu paradoxen Ergebnissen der Feindesverwandlung. In dem Bestreben, die Linien im Sand so deutlich wie möglich zu ziehen, werden jetzt auch die innerparteilichen Vorwahlen der Demokraten zu ideologischen Reinheitstests, bei denen Kandidaten eine Batterie von Sachfragen in der richtigen Weise zu beantworten haben und dabei eine maximale Distanz zum politischen Feind demonstrieren müssen – ironischerweise exakt das Drehbuch, nach dem sich die Republikanische Partei seit den 1990er Jahren radikalisiert hat. Manchmal stimmt der Satz: Wir werden, was wir hassen.

Allerdings: Festzustellen, dass sich beide Seiten weltanschaulich aneinander hochgearbeitet haben, heißt nicht, sie moralisch gleichzusetzen. Richtig ist, dass beide Parteien in Richtung ihrer weltanschaulichen Pole marschieren. Aber was den US-Konservatismus zu einem Fall ganz eigener Art macht, ist ja eben nicht die Radikalität seiner Sachpositionen, sondern die Neigung zu Paranoia und Verschwörungstheorien, die alternativen und hanebüchenden Realitäten, die er täglich hervorbringt. Man darf hoffen, dass die Demokraten nach vier (oder acht) Jahren Trump nicht auch diesen Wesenszug ihres Kontrahenten übernommen haben werden. Noch gilt, was ein US-Blogger schon vor einigen Jahren feststellte: »The left's gone left but the right's gone nuts.« (Die Linke ist nach links gerückt, die Rechte ist verrückt geworden.)

Torben Lütjen ist Politikwissenschaftler und lehrt derzeit an der Vanderbilt University in Nashville, Tennessee. Zuletzt erschien von ihm: »Die Partei der Extreme: Die Republikaner. Über die Implosion des amerikanischen Konservatismus«

www.zeit.de/audio

# Nach ihm der Linksruck

Wer glaubt, Trump habe die Vereinigten Staaten auf einen neuen Kurs geführt, könnte sich bald wundern. Denn nicht nur die Republikaner haben sich radikalisiert, sondern auch die Demokraten **VON TORBEN LÜTJEN**



Das Wort Sozialismus hat seinen Schrecken verloren

ANZEIGE

## Wir sind vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf.

Die Menschen in unserem Land können viel mehr, als sie manchmal glauben. Das wird besonders deutlich, wenn sich viele zusammmentun, um für eine Sache einzustehen. Dann stehen die Chancen gleich viel besser. Mindestens doppelt, manchmal sogar 82 Millionen Mal so gut. Deshalb gehen wir auch nicht zu weit, wenn wir behaupten: Kein Schritt ist zu groß, wenn ihn alle **gemeinsam** gehen. Mit dem Mut, Neues zu wagen, und dem Willen, Großes zu leisten, läuft einfach alles. Das erleben wir Tag für Tag als Sparkassen-Gruppe, die für über 50 Millionen Kunden da ist. Und da und da: Überall im Land packen wir gern mit an. So stehen wir mehr als drei Millionen **Mittelständlern** zur Seite. Und helfen ihnen dabei, nicht nur so mittel, sondern Spitze zu sein. Und weil selbst der einen Partner braucht, der sein eigenes Ding machen will, begleiten wir jährlich gut 10.000 **Existenzgründer** in die Zukunft. Auf die **Zukunft** ist auch die Wirtschaft in unseren **Regionen** vorbereitet, weshalb der Wirtschaftsmotor auch morgen und übermorgen brummen wird. Dafür engagieren wir uns in den hintersten und vordersten Winkeln des Landes, die wir wie kein Zweiter kennen. Schließlich arbeiten und leben wir dort selbst. Und weil unser Leben nicht nur Arbeit, Arbeit, Arbeit, sondern auch Freude, Glück und Füreinander-da-Sein bedeutet, unterstützen wir mit über 700 regionalen **Stiftungen** Kunst, Kultur und Soziales. Auch da, wo längst nicht alle hinschauen und andere sich lange verabschiedet haben. Für uns hingegen gab es nie einen Grund, klein beizugeben. Sondern groß! Dafür sorgen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit Leidenschaft für die Gemeinschaft einsetzen. Und mit mehr als **450 Millionen Euro** pro Jahr setzen wir da gern noch einen drauf. All das tun wir nicht, weil es sich gut im Geschäftsbericht macht. Wir tun es aus Überzeugung. Seit unserer Gründung vor über 200 Jahren bestärken wir alle Menschen, als Teil einer starken Gemeinschaft über sich hinauszuwachsen. Denn viel wichtiger als Rekordüberschüsse sind uns Gemeinschaftsrekorde. Mit uns als Förderer verwandeln zehntausende **Vereine** große Ziele nicht selten in noch größere Pokale. Was uns all das bringt? Nach vorn! Denn nur gemeinsam sind wir allem gewachsen und damit auch den kleinen und großen Herausforderungen, die Digitalisierung und Globalisierung mit sich bringen. Uns allen wird alles glücken, wenn jeder mitmacht. Warum nicht auch Sie? Erleben Sie, dass Gemeinschaftssinn nicht nur sinnvoll ist, sondern auch glücklich macht – vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf. Und vor dem Bildschirm: [www.allemgewachsen.de](http://www.allemgewachsen.de)

**Gemeinsam #AllemGewachsen**



Top Partner

